

*Grundlage für die Rede des Kreistagsabgeordneten DER LINKEN im Kreistag Schleswig-Flensburg, Manfred Küter, zur digitalen Gremienarbeit.  
Für die Kreistagsrede selbst gilt, wie immer, das gesprochene Wort.*

### **Der Zwang zur digitalen Gremienarbeit**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
es geht unter diesem Tagesordnungspunkt um die Frage, ob die Kreistagsarbeit mit ihren Unterlagen zukünftig nur noch digital vorbereitet und durchgeführt werden soll oder nicht.

Bei dieser Diskussion ist in der letzten Woche etwas Außergewöhnliches passiert: Eine einmal zwischen den im Kreistag vertretenen Parteien getroffene Vereinbarung - nämlich dass Kreistagsabgeordnete auf Wunsch auch zukünftig ihre Sitzungsunterlagen in Papierform erhalten können - wurde einseitig aufgebrochen. Treibende Kraft scheint dabei die CDU gewesen zu sein.

Wenn das so ist, kann man nur feststellen: Früher, bei dem vorherigen Fraktionsvorsitzenden der CDU, konnte man sich auf eine einmal getroffene Absprache verlassen. Da brauchte es keinen formalen Beschluss. Da reichte schon das gegebene Wort. Da galt das Wort einer Partei, eines Fraktionsvorsitzenden.

Meine Damen und Herren,  
mit dieser Vorgehensweise in der letzten Ältestenratssitzung wurde Vertrauen zerstört.

Aber sei es drum. Die Realität hat sich geändert. Die Vereinbarung wurde aufgekündigt. Es ist alles wieder offen. Aber wir werden dadurch leider zum Handeln gezwungen, allein um unsere Rechtsposition nicht zu gefährden.

Nach allen Spielregeln, die bei Verhandlungen in Deutschland praktiziert werden, sind wir in der Sache wieder beim Stand Null.

Alles ist wieder offen.

Ich werde als erstes unseren Antrag auf der Sachebene begründen und dann im zweiten Teil eine politische Bewertung vornehmen.

Bei unserem Antrag geht es darum, dass Kreistagsabgeordnete auf Antrag auch weiterhin – barrierefrei - Sitzungsunterlagen in Papierform erhalten können.

Zur Begründung:

Der ehrenamtlichen Tätigkeit wird im Kreis Schleswig-Flensburg ein hoher Stellenwert beigemessen. Das gilt auch für die Arbeit im Kreistag und für dessen Ausschüsse. Diese Arbeit sollte für die einzelnen Kreistagsabgeordneten seitens der Verwaltung möglichst einfach gestaltet werden. Handicaps sollten berücksichtigt werden.

Der Kreis Schleswig-Flensburg und seine Kreistagsmitglieder setzen sich öffentlich für Barrierefreiheit in allen Bereichen des Lebens ein. Die Verweigerung von Sitzungsunterlagen in Papierform könnte für einzelne Kreistagsabgeordnete, z. B. gesundheitlich, eine zusätzliche Hürde bei der Arbeit im Kreistag und dessen Ausschüsse bedeuten. Dieses gilt es eindeutig auszuschließen.

Der vorliegende Antrag muss deshalb geändert werden, weil dadurch für einige wenige Mitglieder die Teilhabe an der Kreistagsarbeit erschwert wird, wenn der beabsichtigte Zwang eingeführt wird, nur mit Unterlagen in digitaler Form arbeiten zu können. Dieses lässt sich mit unserem hier vorgelegten Änderungsantrag ohne großen Aufwand vermeiden.

Der vorgelegte Antrag bedeutet eine Diskriminierung einzelner Abgeordneter im Vergleich zu den Abgeordneten größerer Fraktionen, da ein einzelner Abgeordneter den zusätzlichen Zeitaufwand zum Ausdrucken der digital erstellten Unterlagen nicht auf einen angestellten Mitarbeiter der Fraktion abwälzen kann. Diese Zeit fehlt dann bei der Vorbereitung der Sitzung, bei der Zeit für seine Familie oder sonst woanders in seinem Privatleben. Das kann doch nicht gewollt sein.

Dann bleibt da noch das Kostenargument:

Mit diesem Digitalisierungszwang werden Kosten der Verwaltung auf die Mitglieder im Kreistag und in den Ausschüssen umgeschichtet.

Dagegen sind die Kosten, die dem Kreis bei einem Abgeordneten entstehen, der seine Unterlagen weiter in Papierform erhalten möchte, als Zusatz-Kosten zu vernachlässigen.

Die Sitzungsunterlagen müssen erstellt werden. Sie werden sowieso in kleinerer Anzahl gedruckt. Da fallen die zusätzlichen Kosten für einen Kreistagsabgeordneten bei vier Sitzungen im Jahr mit höchstens 50 Euro (Porto) an. Das ist bei der Größe des Kreishaushalts nun wirklich eine zu vernachlässigende Größe, gemessen auch an dem Wert der ehrenamtlich zur Verfügung gestellten Zeit.

Ich bitte Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen. Eine effektive demokratische Mitarbeit im Kreistag müsste Ihnen doch diese 50 Euro wert sein.

Und nun zur politischen Bewertung.

Hier wurde mit „politischer Heimtücke“ vorgegangen: Da gibt es im Herbst 2017 eine Einigung in Form eines Kreistagsbeschlusses. Das Problem ist gelöst und damit ist das Thema von Tisch. Alle wiegen sich in Sicherheit.

Dann wurde diese Vereinbarung ohne jede Vorankündigung in der Ältestenratssitzung vom 14.03.2018 handstreichartig gekippt.

Treibende Kraft scheint die CDU gewesen zu sein und eigentlich wohl auch in trauter Eintracht mit der SPD, eine große Koalition also.

Und dann passierte da noch etwas Erstaunliches: Fast wortgleich stimmten SSW und Grüne zu, auch hier in trauter Eintracht. Und das, wo doch der SSW immer für Minderheitenschutz ist und die Grünen Barrieren abbauen wollen. Hier errichteten sie jetzt eine neue Barriere mit.

Meine Damen und Herren,  
kurz zusammengefasst:

Schränken Sie die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten hier im Kreis nicht ein. Überlassen Sie die Freiheit der Entscheidung jedem Abgeordneten selbst, wie er seine Kreistagsarbeit gestalten möchte.

Vielen Dank.

-----